

*PPF-Präsidentin Katrin Jadin möchte auch nach Übernahme eines Schöffenamtes ihre Karriere als Föderalabgeordnete fortsetzen. Außerdem spricht sie sich im GE-Interview anlässlich des Neujahrsempfangs der ostbelgischen Liberalen am Dienstagabend im Atelier in der Eupener Unterstadt für eine Fortsetzung der Koalition auf DG-Ebene aus – wenn die Mehrheit ihre Mehrheit behält.*

Frau Jadin, die Föderalregierung ist nur noch geschäftsführend im Amt. Wie ist die Stimmung in der Kammer?

Wir befinden uns im föderalen Parlament ohne Zweifel in einem speziellen Modus. Zurzeit wird die parlamentarische Demokratie gelebt. Wir werden in den kommenden Wochen versuchen, Mehrheiten zu finden, um wichtige Reformen doch noch zu einem guten Ende zu führen. Dazu gehört zum Beispiel die Rentenreform. Darüber hinaus klappt es vielleicht, mit Wechselmehrheiten einige Akzente zu setzen, um beispielsweise liberale Themen nach vorne zu bringen.

Und Ihre Projekte? Sie machen sich für ein neues Polizeigebäude in Eupen stark. Wie ist der Stand der Dinge?

Ich würde das natürlich noch gerne weiter voranbringen und bin auch in Kontakt mit Justizminister Geens, der jetzt auch für die Gebäuderegie zuständig ist, und mit dem neuen Innenminister Pieter De Crem. Auf Verwaltungsebene wird daran noch gearbeitet, aber die Finanzierung eines solchen Gebäudes werden wir in dieser Legislaturperiode sicherlich nicht mehr erhalten. Ganz einfach deshalb, weil eine geschäftsführende Regierung solche neuen Maßnahmen nicht ergreifen darf.

Viele Kritiker haben speziell die MR vor einer Koalition mit den flämischen Nationalisten gewarnt und sogar von „Kamikaze“-Regierung gesprochen. Jetzt hat die N-VA die Regierung verlassen. Hatten die Kritiker nicht recht?

Nein, ich würde sagen, die Kritiker hatten nicht recht. Wir haben im Rahmen der Schweden-Koalition, also mit der N-VA, viele wichtige Reformen durchführen können, die vor allem uns Liberalen sehr am Herzen lagen. Und das war vor allem in dieser Konstellation möglich. Denken Sie an die Senkung der Gesellschaftssteuer, an den sogenannten Tax Shift, an die gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik, die über 220.000 Arbeitsplätze geschaffen hat. Darüber hinaus haben wir eine Rentenreform auf den Weg gebracht, die die Zukunft für kommende Generationen absichert. Ich bedaure vor diesem Hintergrund sehr, dass die N-VA dann die Regierung verlassen hat. Vor allem der Grund dafür erschließt sich mir nicht.

Die N-VA wollte nicht den umstrittenen Migrationspakt mittragen. Glauben Sie, das war nur ein Vorwand, um die Regierung zu verlassen?

Sie spielen auf jeden Fall ein gefährliches Spiel, wenn sie versuchen, die Gesellschaft zu spalten. Im Zuge der Regierungskrise hat Premierminister Charles Michel ja noch versucht, eine Minderheitsregierung auf die Beine zu stellen. Aber das Klima zwischen den flämischen Parteien ist offensichtlich so gestört, dass das nicht mehr möglich war. Mir war vor allem wichtig, dass es keine vorgezogenen Neuwahlen gibt.

Warum?

Das hätte der Bürger nicht verstanden. Wir haben ja jetzt den Superwahlsonntag am 26. Mai mit Wahlen auf fast allen Ebenen. Außerdem hätte eine vorgezogene Neuwahl auf föderaler Ebene der N-VA in die Karten gespielt und für einen vergifteten Wahlkampf gesorgt.

Trägt die MR denn keine Schuld an dem, was passiert?

Man muss Verantwortung übernehmen, und das haben wir gemacht. Die belgische Diplomatie hat bei den Verhandlungen über den Migrationspakt immer Kontakte gehabt, auf allen Ebenen und auch mit den Koalitionspartnern wie dem ehemaligen Innenminister Jan Jambon und Asyl-Staatssekretär Theo Francken von der N-VA, die ja beide gegen den Migrationspakt ganz am Ende mobil gemacht haben. Der Premier hatte noch im September die Zustimmung der Regierung erhalten, bei der UNO sagen zu können, dass Belgien dem Migrationspakt zustimmt. Aber dann hat die N-VA nach den Kommunalwahlen ihre Meinung geändert. Offenbar hat sie da bemerkt, dass sie rechtsextreme Wähler verloren hat.

Aber die N-VA hat auch inhaltlich gegen den Migrationspakt argumentiert. Und das war nicht alles aus der Luft gegriffen...

Es gab klare Analysen und juristische Gutachten, die bestätigten, dass es bei Unterzeichnung des Paktes für eine regulierte und kontrollierte Migration weder zu einer Gesetzesänderung noch zu einem Zustrom von Flüchtlingen in Belgien kommen wird. Es ist soviel Falsches gesagt worden... Außerdem: Wenn wir hier einen Rückzieher gemacht hätten, hätten wir zudem auch die Meinung der Kritiker erfüllt, die immer gesagt haben, dass der wahre Premier nicht Charles Michel ist, sondern im Rathaus in Antwerpen zu finden ist (gemeint ist N-VA-Präsident Bart De Wever, A.d.R.).

Wie geht es eigentlich mit Ihnen weiter. Wir haben das Gerücht gehört...

Jaja, es gibt viele Gerüchte...

dass sie vor allem Schöffin in Eupen geworden sind, weil sie als Kammerabgeordnete nicht mehr weitermachen wollen oder können, weil die MR Ihnen im Wahlkreis Lüttich keinen aussichtsreichen Listenplatz mehr zur Verfügung stellen wird für die Föderalwahlen.

Das Schöffenamts in Eupen habe ich nicht aus taktischen Gründen übernommen, sondern weil ich mich den Wählern in Eupen nach dem 14. Oktober verpflichtet fühlte. Ich habe das zweitbeste Vorzugsstimmenresultat auf der PFF-Liste erhalten. Das wäre nicht fair gewesen, dann einen Rückzieher zu machen.

Jetzt sind sie Abgeordnete und Schöffin. Geht das zeitlich überhaupt?

Ich muss damit klarkommen, und sicherlich gehört eine gute Organisation dazu. Aber um es klar zu sagen: Wenn ich die Möglichkeit erhalte, werde ich auf föderaler Ebene weitermachen. Aber soweit sind wir noch nicht. Die Gespräche darüber müssen noch geführt werden.

Das heißt?

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat keinen eigenen Wahlkreis für die Kammer, sodass wir auf das Wohlwollen der frankophonen Parteien und einen aussichtsreichen Listenplatz zu geben auch angewiesen sind. Die MR hat bislang als einzige immer konsequent zu uns gestanden. 2014 hat die MR in der Provinz Lüttich einen Sitz hinzugewonnen, was auch an dem sehr guten Resultat lag, das wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erobert haben. Man muss jetzt mal den Wahlkampf und die Wahlen abwarten, aber ich denke, vier Sitze in der Provinz Lüttich sind für die MR auf jeden Fall zu schaffen.

Am 26. Mai finden ja auch PDG-Wahlen statt. Die CSP spricht mit Blick auf die Mehrheitspartner ProDG, SP und PFF von „Blockparteien“, da diese ja weitermachen möchten, wenn die Mehrheit bestätigt werde. ProDG und SP haben sich jetzt klar zu einer Neuauflage der Koalition bekannt. Die PFF aber nicht. Warum nicht?

Wir wollen Projekte und Reformen machen, die Ostbelgien nach vorne bringen. Das ist in dieser Legislatur gelungen, und das lag auch an den Liberalen und an der guten Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern. Die Refinanzierung der DG durch den Föderalstaat wäre ohne die Liberalen nicht möglich gewesen. Wir haben gemeinsam mit unseren Partnern vieles erreicht. Das sind die Elemente, die mich dazu veranlassen, vor allem die gute Politik der PFF hervorzuheben.

Das heißt jetzt was? Steht auch die PFF für eine Neuauflage der Koalition, wenn die Mehrheit bestätigt wird?

Wir haben immer gesagt, dass wir mit allen Parteien reden. Aber klar ist auch, dass wir die Resultate, dass wir das, was wir mit ProDG und SP erreicht haben, gemeinsam tragen und verteidigen werden. Insofern also die Mehrheit durch den Wähler bestätigt wird, wissen wir, dass wir in der aktuellen Koalition unsere ambitionierte Regionalpolitik weiterführen und vertiefen können. Die Voraussetzung dafür ist ein größtmöglicher gemeinsamer Nenner, und den haben wir zur Zeit mit den aktuellen Koalitionspartnern. Die Herausforderungen für Ostbelgien sind groß. Um diesen zu begegnen, braucht man ein starkes Bündnis, welches auf Willenskraft und Vertrauen aufbaut. Und wenn eine Partei das kaputtredet, teilweise sogar mit „Fake News“ (gemeint ist die CSP, A.d.R.), ist das natürlich nicht gerade förderlich für das Vertrauen.

Also ist das jetzt ein klares Bekenntnis zur Koalition?

Ja, insofern der Wähler die Mehrheit bestätigt.

Die PFF wird mit Ministerin Isabelle Weykmans als Spitzenkandidatin in die Gemeinschaftswahlen ziehen.

Isabelle hat unsere uneingeschränkte Unterstützung. Sie ist sehr besonnen, scheut gleichzeitig aber nicht davor zurück, Entscheidungen zu treffen. Diesen Mut, Verantwortung zu übernehmen, zeichnet sie aus. Ich habe sie 2014 als „Superministerin“ bezeichnet, weil sie nicht nur eine große Fülle von Ressorts verwaltet, sondern weil diese Zuständigkeiten auch sehr unterschiedlich sind. Sie hat bewiesen, dass sie es kann. Daher war klar, dass Sie Spitzenkandidatin wird.

Vivants und mittlerweile auch die CSP und Ecolo sprechen sich für eine Zusammenlegung der Posten von Parlamentspräsident und Gemeinschaftssenator aus. Warum wird das nicht diskutiert? Es wäre doch nicht zu viel verlangt, wenn man darüber mal nachdenkt, oder?

Man kann diskutieren, sehr gerne. Aber ich gebe mal zu bedenken, dass es in Zukunft ganz sicher weitere institutionelle Reformen geben wird. Über diese kann dann der Senat diskutieren und entscheiden, vielleicht auch mal jenseits des Alltagsgeschäftes. Und im Senat ist die DG mit einem garantierten Sitz dabei. Dafür muss man die notwendige Zeit mitbringen können. Nur, weil das Institutionelle in dieser Legislatur auf Eis lag, muss das nicht in Zukunft so bleiben.

Aber der Senat ist seit der sechsten Staatsreform eine „gestutzte“ Institution, wo kaum noch etwas zu laufen scheint...

...man kann ja darüber reden, was mit dem Senat passiert. Aber wenn man ihn nicht mehr will, soll man sagen, was an diese Stelle treten soll. Dazu gibt es keinen einzigen konkreten Vorschlag. Und noch einmal: Gerade in institutionellen Fragen kann der Senat als Ort dieser Debatte eine wichtige Rolle spielen.

Von Christian Schmitz

Copyright © 2019 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten